

In eigener Sache:

Der AZADI *infodienst* erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per e-mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den *infodienst* kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V., der begleitet wird von einem Beirat politischer Gruppen und Einzelpersonen. AZADI e. V. ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

Der Verein unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdisinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.
Lindenthalgürtel 102
50935 Köln
Tel. 02 21/9 23 44 97
Fax 02 21/9 23 44 99
e-mail azadi@t-online.de
internet www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres

Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 403 609 67
Kto-Nr. 8 035 782 600

Aus dem Inhalt:

- S. 2 Interview
- S. 6 Prozesse
- S. 10 Fälle

Im Prozess gegen den Kurdischen Roten Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê):

Kronzeuge widerruft Aussage

Am 11. Juli 2003 begann vor dem Landgericht Koblenz ein Prozess gegen die als gemeinnützig anerkannte humanitäre Hilfsorganisation Heyva Sor. Ihr wird vorgeworfen, gegen das Vereinsgesetz im Rahmen des PKK-Verbotestates verstoßen zu haben.

Aufgrund von Aussagen des von der Anklage präsentierten Kronzeugen Engin Sönmez soll die Organisation in die PKK-Strukturen eingebunden sein und Millionenbeträge an die PKK weitergeleitet haben. Sönmez hatte sich über einen längeren Zeitraum im Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamtes (BKA) befunden.

In der Verhandlung am 24. Juli wurde er vernommen. Seine Aussagen waren widersprüchlich; die Fragen der Verteidigung beantwortete er ausweichend und beließ es bei Allgemeinheiten.

Die Verhandlung am 30. Juli 2003 brachte dann eine überraschende Wendung: Engin Sönmez widerrief seine in der Vorwoche gemachten Aussagen. Bevor der Richter mit seiner Befragung beginnen konnte, erläuterte Sönmez sein Verhalten. Nach dem letzten Prozesstag habe er sich als „Schuldiger“ empfunden, ein „schlechtes Gewissen“ gehabt und sich seither in einem äußerst „schlechten psychischen Zustand“ befunden.

Er erklärte, aus Furcht vor Folter und der brutalen Unterdrückungs- und Verfolgungspolitik des türkischen Staates 1996 nach Deutschland geflüchtet zu sein. Er sei damals der Meinung gewesen, „in Deutschland gebe es Demokratie und Freiheit“. Deshalb habe er Asyl beantragt und sich 1997 in Deutschland der PKK angeschlossen, weil ihm schon in der Türkei deren „Ideen gefallen habe“. Seine Absicht sei gewesen, „die Stimme des kurdischen Volkes in die Öffentlichkeit zu bringen“, weil er in seiner Heimat täglich habe erleben müssen, dass Menschen gefoltert worden seien.

Er schilderte weiterhin, wegen seiner politischen Betätigung festgenommen worden zu sein. Man habe gedroht, ihn an die Türkei auszuliefern. Er hatte davon gehört, dass viele aktive Kurdisinnen und Kurden in die Türkei abgeschoben worden seien. Das habe ihm große Angst gemacht und seine Psyche beeinflusst. Dem Druck und den Erpressungen von Seiten der Polizei habe er nicht standhalten können und Aussagen gegen Kurd(inn)en und kurdische Institutionen gemacht. Diese Situation hat das Bundeskriminalamt (BKA) für seine Interessen genutzt und Engin Sönmez ins Zeugenschutzprogramm genommen.



Nach Aussage des ebenfalls am 30. Juli geladenen BKA-Zeugen René Becker sei der heute 24-Jährige mehrere Wochen lang im Gästehaus des BKA täglich vernommen worden. Das Vernehmungsprotokoll umfasse 170 Seiten.

Sönmez erklärte, alle Fragen zur PKK, ihrer Struktur, über verantwortliche Personen und auch zu Heyva Sor im Sinne der Polizei bzw. des BKA beantwortet zu haben, um nicht abgeschoben zu werden. Dabei habe er „die Sachen übertrieben und Fragen falsch beantwortet“. Das wolle er nun „korrigieren“.

Auch die Bundesanwaltschaft (BAW) hatte Interesse an Engin Sönmez und gegen ihn im Februar 1998 ein Ermittlungsverfahren nach § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) eingeleitet, das jedoch im Mai wegen „geringer Schuld“ eingestellt worden ist. Wohl deshalb, weil Sönmez umfangreiche Aussagen gemacht hatte.

Wie im Falle von Heyva Sor, war Sönmez offenbar auch für weitere Prozesse gegen mutmaßliche PKK-Funktionäre als „Kronzeuge“ eingeplant.

Die Verteidiger von Heyva Sor, Kronauer (Frankfurt/M.) und Diesing (Düsseldorf) werfen in einem Gespräch mit AZADI den Strafverfolgungsbehörden vor, dass diese seit langem versuchten nachzuweisen, bei Heyva Sor handele es sich um eine verbotene Organisation: „Das zieht sich nun schon seit über 5 Jahren hin mit eher mageren Ergebnissen. Es zeigt, wie

schwach die Anklage ist.“ Die Erklärung von Engin Sönmez, dem einst wichtigsten Zeugen der Anklage, werde den Verlauf des Prozesses jedenfalls „vollkommen verändern“.

Nach der Erklärung des Kurden am 30. Juli, glaubte Staatsanwalt Schmengler dessen schlechten psychischen Zustand auf einen Vorfall am vorangegangenen Verhandlungstag zu schieben: Sönmez sei von einem Besucher bedroht und genötigt worden. Was war geschehen?

Dieser Besucher des Prozesses hatte gegenüber Sönmez bei dessen Verlassen aus dem Gerichtssaal Unmut geäußert, woraufhin der polizeiliche Begleitschutz des Zeugen die Situation eskalierte. Sönmez, vom Vorsitzenden Richter nach dem Vorfall aus seiner Sicht befragt, erklärte, dass der Polizist ihm gesagt habe, die Bemerkung „schmutziger Lügner“ sei gefallen. Er selbst habe das nicht gehört und könne es somit auch nicht bestätigen.

Staatsanwalt Schmengler jedenfalls hat gegen den Besucher ein Ermittlungsverfahren wegen Nötigung eingeleitet.

Das Verfahren wird am 1. September vor dem Landgericht Koblenz fortgesetzt und Engin Sönmez weiter vernommen werden. Der Prozess ist vorerst bis zum 5. Oktober 2003 terminiert.



Wir dokumentieren ein Interview, das Engin Sönmez am 3. August 2003 der Tageszeitung „Özgür Politika“ (Freie Politik) gegeben hat.

Am 30. Juli wurde ich neu geboren

Zu welchen Punkten Fragen wurdest du beim Verhör hauptsächlich befragt?

Sie haben mich viel über Heyva Sor befragt. „Du wirst sagen, dass Heyva Sor eine Organisation der PKK ist und die gesammelten Spenden werden an die PKK weitergegeben“, haben sie mir gesagt. Die Fragen und Antworten haben sie selbst vorbereitet und mir dann gesagt, ich müsse lediglich das akzeptieren und unterschreiben, was sie mir vorlasen. Sie hatten Fotos. Manche Personen wurden mir gezeigt und sie bestanden darauf, dass ich ihre dazu vorbereiteten

Informationen wiederholte. Nachdem sie mich so ‚informiert‘ hatten, habe ich unterschrieben.

Kannst du dich daran erinnern, wie viele Fotos von Personen du dir angesehen und dann die Aussagen über sie akzeptiert hast?

Es waren Dutzende. Eine genaue Zahl zu nennen ist schwierig, aber es waren mindestens hundert Personen, deren Fotos sie mir gezeigt haben und bei denen sie mich die vorbereitete Aussagen unterschreiben ließen. Es waren Hunderte von Seiten.

Wusstest du von Anfang an, dass das, was du unterschrieben hast, bei dem Prozess gegen Heyva Sor verwendet werden sollte?

Während des Verhörs sagten sie, sie würden die Aussagen lediglich als Informationen sammeln, aber nicht benutzen. Die schriftliche Ladung, die ich kurz vor Prozessöffnung bekam, hat aber deutlich gemacht, dass die Aussagen doch benutzt worden waren. In dem Brief stand, dass ich gegen Cheick-Moussa aussagen müsse. Danach habe ich bei der auf der Ladung angegebenen Telefonnummer angerufen und Details erfahren. Man teilte mit, es sei ein Prozess gegen Heyva Sor eröffnet worden, bei dem auch ich vernommen werden würde. Daraufhin habe ich gesagt, dass ich nicht zum Gericht gehen würde. Am 23. Juli, einen Tag bevor ich als Zeuge vor Gericht erscheinen sollte, kam um 9:00 uniformierte Polizei zu mir nach Hause und übergaben mir den Gerichtsbeschluss. Kurz danach rief mich die Kriminalpolizei an und drohte mir, falls ich nicht vor Gericht erscheinen würde, bekäme ich große Schwierigkeiten. Da ich bis dahin alles geheim gehalten hatte, wusste ich nicht, wie ich mich verhalten sollte. Ich habe meinen Anwalt angerufen und auch der sagte, wenn ich nicht zum Gericht ginge oder meine Aussagen widerrufen würde, käme ich dafür 4-6 Jahre ins Gefängnis. Und mit diesen chaotischen Gedanken holten sie mich von zu Hause ab und brachten mich zum Gericht.

Kennst du eine Moussa genannte Person?

Nein, so eine Person kenne ich überhaupt nicht. Einer der ersten Fragen, die sie mir gestellt haben, war, ob ich schon einmal bei Heyva Sor gewesen bin. Ich habe darauf geantwortet, dass ich zu Sylvester 1997 dort gewesen bin. Sie wollten, dass ich ihnen davon erzähle. Ich sagte, dass dort behinderte und bedürftige Menschen sind, denen geholfen wird und dass gemeinsam Sylvester gefeiert wurde. Aber, dass Kontakte zur PKK bestehen würden und all die anderen in der Ankla-

geschrift aufgeführten Behauptungen haben sie vorbereitet und mich unterschreiben lassen. Die Fragen wurden einzeln vorgelesen und nachdem ich die Antworten wiederholen musste, forderten sie meine Unterschrift. Also: keine einzige der Anklagepunkte stammt von mir.

Du erlebst das schon seit vier Jahren, welche Folgen hat das auf deine Psyche?

Das zu erklären ist schwer. Es ist etwas zwischen Tod und Leben. Alle ein bis zwei Monate haben sie bei mir angerufen. Das hat bei mir fortschreitende psychische Schäden hervorgerufen. Ich kann nachts nicht schlafen. Ich habe das Gefühl, mich ständig verstecken, etwas zu verheimlichen und mich verteidigen zu müssen. Ich denke ständig, wann und wo ich angegriffen werde. Ich fühle mich niemals sicher und glaube dauernd, dass mein Leben in Gefahr ist. Beim Meckenheimer Bundeskriminalamt wurde ich unzählige Male fotografiert. Ich musste jede Menge Schriftstücke unterschreiben und viele meiner Gespräche und Aussagen wurden gefilmt. Ich weiß nicht, was wann gegen mich verwendet werden wird. Jeden Moment kann etwas Neues passieren. Ich lebe in einer ständigen Angst. Mir kommen alle Menschen wie Feinde vor. Du hast das Gefühl, dich jedem gegenüber schuldig gemacht zu haben. Sogar meiner Familie gegenüber habe ich mich so verhalten. Also, ein Verräter hat keine Persönlichkeit mehr.

Was meinst du mit „jeden Moment kann etwas Neues passieren“?

Ich weiß genau, dass sie es nicht nur bei Heyva Sor belassen, denn sie haben mir viele Fotos gezeigt und gesagt, das ist ein PKK-Verantwortlicher, das ist ein ERNK-, HIK- oder YAJK Verantwortlicher. Gleichzeitig haben sie mich viele Dokumente und Informationen unterschreiben lassen. Sie wollen mich gegen viele Organisationen und kurdische Persönlichkeiten benutzen. Ich habe die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt, einen Sprachtest absolviert, und

Spendenaufruf

Liebe Freundinnen und Freunde von AZADI e.V.,

wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre/Eure finanzielle Unterstützung bedanken!

Bei unserem Ziel – die politische und finanzielle Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden – haben Sie/habt Ihr uns sehr geholfen.

Um diese Arbeit fortsetzen zu können, benötigen wir immer wieder finanzielle Unterstützung.

Daher bitten wir Sie/Euch erneut, uns mit Spenden – gerne auch als Dauerauftrag kleinerer Beträge auf unser Konto! – den Rücken zu stärken.

Vielen Dank im Voraus

Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank eG mit Ökobank

BLZ: 403 609 67

Kto.-Nr.: 8035 782 600

alle Formalitäten erledigt. Als ich meinen Pass bekommen sollte, wurde mir gesagt: „Du hast noch einige Prozesse vor dir, danach bekommst du deinen Pass“. Dies alles sind Anzeichen für ein anderes Spiel.

Du bist ja auch unter Menschen gegangen. Was hast du da gedacht?

Eigentlich habe ich niemals an der Rechtmäßigkeit des kurdischen Befreiungskampfes gezweifelt. Das, was die Polizei gesagt hat, hat mich schon beeinflusst und ich befand mich in einem Zwiespalt. Aber auch, als ich am Ende gegen das kurdische Volk ausgesagt habe, habe ich tief in mir gefühlt, dass der Kampf gerechtfertigt ist. Aber wenn man einmal damit in Berührung gekommen ist, kommt man da nicht wieder raus. Anfangs ging ich kaum unter Menschen, später habe ich dann manchmal an Demonstrationen teilgenommen. Ich war bei ihnen, als Tausende Menschen Parolen für Freiheit und Frieden riefen, aber ich war dort als jemand, der sie verraten hat. Ich sagte mir, hätte ich das alles bloß nicht erlebt. Es hat mich innerlich fertig gemacht: du hast die verraten, die dir Halt geben und dich unterstützen und die einzig und allein ihre Freiheit fordern. Es ist eigentlich unmöglich, diese Gefühle zu beschreiben.

Wie hat die ganze Sache auf deine Familie gewirkt?

Ich bin seit zwei Jahren verheiratet und habe eine Tochter. Ich habe eigentlich gedacht, irgendwann würde alles zu Ende sein und ich könnte in Ruhe leben. Doch später wurde mir klar, dass das nicht möglich war. Die psychische Verfassung hat sich natürlich auch im Verhalten gegenüber meiner Familie wiederspiegelt und es gab deswegen eine Menge Probleme. Meiner Frau ging es sehr schlecht. Sie konnte es nicht ertragen, gegen das eigene Volk benutzt zu werden. Sie sagte, so ein Leben werden sie nie und nimmer akzeptieren. Sie sagte auch immer wieder, dass sie den Tod einem solchen Leben vorziehen würde. Die ständigen Repressionen seitens der Polizei haben uns Beide fertig gemacht.

Haben sie dich zu anderen Prozessen geladen?

Letztes Jahr gab es einen Vorfall in Dortmund, bei dem sie mich benutzt haben. Bei einer Blutrachegeschichte zwischen zwei Familien aus Varto im Jahr 2002 wurden drei Menschen getötet. Die Gelsenkirchener Polizei hat mich gegen die Familie Celik und die andere Familie, die mit der Blutrache zu tun hatte, benutzt. Ich habe die vorbereiteten Aussagen unterschrieben, die dann an das Gericht geschickt wurden. In der Zeit, als ich in Gelsenkirchen war, kannte ich

die Familien, aber über die Informationen, die in der Aussage standen, wusste ich nichts. Die Aussage wurde zum Gericht geschickt, dort habe ich sie wieder zurückgenommen. Bis jetzt wurde ich nur zu diesem Prozess gebracht. Dass der Heyva Sor-Prozess nur ein Anfang ist, dem weitere Prozesse folgen werden, ist nicht schwer zu ahnen. Bevor ich zur Verhandlung am 24. Juli ging, hat mich die Polizei auch dahingehend gewarnt. Sie sagten, dass es gegen Organisationen und Personen, denen vorgeworfen wird, Kontakte zur PKK zu haben, neue Prozesse geben werde und ich mich dafür bereithalten solle. „In ganz Deutschland wird es jetzt große Prozesse geben. Es ist notwendig, dass Du dabei bist“, wurde mir gesagt. Falls ich mich weigern würde, drohte man mir damit, mich und meine Familie in die Türkei abzuschleppen.

Wie haben deine Eltern und Freunde reagiert?

Meine Freunde sind Patrioten. Sie haben den Befreiungskampf des kurdischen Volkes im Land unterstützt. Auch hier versuchen sie, ihren patriotischen Pflichten gerecht zu werden. Ich habe meine Lage vier Jahre lang vor meiner Familie und meiner Umgebung geheim gehalten. Aber mit dem Heyva Sor-Prozess ist alles bekannt geworden.

Wie war dann ihre Reaktion?

Sie wussten nicht, wie sehr ich von der Polizei bedrängt und benutzt worden bin und was ich erlebt habe, da ich es immer verheimlicht habe. Aber ich habe ihnen mitgeteilt, dass es am 24. Juli einen wichtigen Prozess geben würde, ohne zu sagen, um was es ging. Sie haben von meiner Situation erst durch euren Artikel über den Prozess erfahren. Alle Verwandten und Bekannten, die eure Zeitung gelesen haben, riefen mich an. In dem Artikel wurde mein Name nicht voll genannt. Alle, die mich kennen, riefen an, um zu fragen, ob es sich wirklich um mich handelt. Nach der Kolumne von Abdul Kadir Konuk am nächsten Tag meldeten sie sich wieder bei mir und teilten mir ihre Reaktionen mit. Manche sagten: „Uns standen die Haare zu Berge. Das kannst nicht Du sein.“ Sie wollten es nicht glauben. Ich begann also, zum ersten Mal meine Situation zu erklären. Ich wusste, dass es so enden würde, aber ich hatte nicht den Mut, früher darüber zu reden. In den letzten Jahren und Monaten habe ich bestimmt zehnmal bei eurer Zeitung anrufen und von meiner Lage erzählen wollen. Als der Hörer abgenommen wurde, konnte ich aber nicht sprechen und habe wieder aufgelegt. Ich war unfähig, mich zu entschließen zu sagen, was los ist. Ich weiß nicht, was ich erwartet hatte, und habe einfach so weitergelebt. Doch jetzt bin ich an einem Punkt ange-

langt, wo ich auf die Stimme meines Gewissens hören muss.

Am 24. Juli 2003 hast du die von der Polizei vorbereiteten Aussagen gemacht. Was hast du während und nach dem Prozess erlebt?

Ich erlebte sehr widersprüchliche Gefühle. Es ging mir so schlecht, dass ich viele Fragen gar nicht verstanden habe. Der Punkt war erreicht, dass ich mich nicht weiter gegen das kurdische Volk und seine Organisationen benutzen lassen konnte. In diesem Durcheinander gab es viele Widersprüche. In dieser Nacht habe ich bis zum Morgen nachgedacht. Ich habe meine Frau und meine Tochter angeschaut und beschlossen, wie ich es dann am 30. Juli auch getan habe, die ganze Wahrheit zu sagen.

Ich hatte mich zwar selbst überzeugt, alles zu berichten, aber bis ich in den Saal gerufen wurde, habe ich noch einen schweren Kampf mit mir ausgefochten. Als der Richter mich befragen wollte, sagte ich, dass sich eine Erklärung abgeben wollte. Nach der Erklärung fühlte ich mich wie von einer Last befreit, die mich zu erdrücken bedroht hatte. Es war nicht nur eine Erleichterung für mich, sondern ich fühlte mich wie neu geboren. Es war ein Gefühl, als hätte ich meine Augen in einem neuen Leben aufgeschlagen. Es ist schwer auszudrücken, aber ich empfand diese Momente wie eine neue Geburt. Ein Anfang für ein neues Leben. Trotz der Möglichkeit, dass alle Schwierigkeiten und Gefahren auch weiterhin bestehen könnten, war ich von dem alten psychischen Druck befreit. Ich fühle mich jetzt sicherer und sehe nicht mehr alle Menschen als Feinde an. Die Unterstützung meiner Familie und meiner Bekannten nach dem Prozess hat meine Erleichterung noch verstärkt.

Bevor du zum Prozess kamst, sind da irgendwelche Repressionen vorgefallen?

Einen Tag vorher war ich mit meiner Familie im Bonn, wo wir etwas Eigenartiges erlebt haben. Nach einem Einkauf kamen wir aus dem Geschäft. Meine Frau sagte, auf der anderen Straßenseite würde uns ein Polizist beobachten. Ich nahm das nicht ernst. Als ich zum Wagen kam, bemerkte ich ein Knöllchen. Später auf dem Heimweg begann das Auto meines Bruders, obwohl es noch neu war, heftig zu rütteln und blieb plötzlich stehen. Der Mechaniker, zu dem wir den Wagen brachten, sagte uns, wir hätten noch einmal Glück gehabt. Der Wagen sei

manipuliert worden. Wenn uns das auf der Autobahn passiert wäre, hätte es eine Massenkarambolage geben können. Obwohl mein Gewissen beruhigt ist, ist meine Angst noch nicht vorbei. Jetzt, wo sie verstanden haben, dass sie mich nicht mehr so benutzen können, wie sie sich das vorstellen, haben wir Angst dass etwas anderes passieren kann.

Was sagst du für die Zukunft?

Da ich ihr Spiel gegen Heyva Sor vereitelt habe, weiß ich, dass ich noch große Schwierigkeiten bekommen werde. Aber um mein Gewissen zu erleichtern und von diesem Makel befreit zu sein, nehme ich auch die Schwierigkeiten in Kauf. Ich denke, das ist es wert. Jetzt bin ich entschlossen, mich nie mehr benutzen zu lassen. Es kann ein Beispiel für andere Ver-

fahren sein, die gegen Kurden eröffnet werden. Oder es kann Menschen helfen, die in der gleichen Situation sind wie ich es war. Ich bin ein Kurde und werde mich nicht mehr gegen mein Volk benutzen lassen. Nach dem 30. Juli lebe ich wie ein



ehrenhafter Kurde. Ich weiß, dass Heyva Sor eine humanitäre Organisation ist, die gemeinsam mit dem Volk gegründet wurde und bedürftigen Menschen hilft. Ich werde alle mir mögliche tun, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Trotz allem vertraue ich der Justiz .

Als ich gesagt habe, dass ich für die Freiheit des kurdischen Volk kämpfen werde, hat dieses Volk mir seine Türen geöffnet und mir zu essen und zu trinken gegeben. Man hat sich um mich gekümmert, wie meine eigene Familie. Durch Euch möchte ich mich bei dem ganzen kurdischen Volk, dem Vorstand und den Mitgliedern von Heyva Sor und allen, die den Freiheitskampf unterstützen, entschuldigen. Ich bin gegen meinen Willen bei diesem Spiel benutzt worden. Ich war jung und bin auf sie hereingefallen. Mit meiner heutigen Einstellung wäre das nie passiert. So hat man über mich einen Angriff auf die menschliche Ehre verübt.

Wenn ich das alles so einigermaßen überstanden habe, werde ich zusammen mit meiner Familie Heyva Sor besuchen, mich bei den Menschen dort entschuldigen und sie bitten, mir zu verzeihen. Meine Tochter ist wenige Monate alt und heißt Sinem. Wenn sie groß ist, soll man nicht „Verrätertochter, Agententochter“ zu ihr sagen. Ich will, dass sie sagen kann: „Mein Vater hat das Spiel, das man mit seiner Person gegen das kurdische Volk spielen wollte, vereitelt; er ist ein ehrenhafter Mensch.“ Mein Wille ist nicht mehr gefangen und ich werde alles tun, was ein freier

Mensch zu tun hat. Ich werde vor Gericht die Wahrheit erzählen und der Gerechtigkeit zu ihrem Recht verhelfen.

Was schlägst du den Jugendlichen vor, die sich in so einer Situation befinden wie du?

In dieser Situation können Hunderte Jugendliche sein. Sie werden gegen das kurdische Volk und gegen kurdische Organisationen benutzt. Wenn man sie nicht mehr braucht, wirft man sie einfach weg. Oder wenn du ihnen nicht nützlich bist, wirst du sogar beseitigt. Man muss wissen, dass Verräter erst sich und dann ihre Familien verraten. Sie müssen so schnell wie möglich diesen Weg verlassen. Es soll mit ihnen nicht so weit kommen, wie mit mir. Sie sollen ihre Lage ihrer Familie oder Freunden, denen sie vertrauen oder einer kurdischen Organisation anvertrauen. Einen Ausweg kann man nur gemeinsam finden. Auf jeden Fall sollen sie Mut haben, ihre Familien zu informieren. Jemand, der so abgestürzt ist, muss dafür kämpfen, wieder ein ehrenhaftes Leben führen zu können. Daran glaube ich. Und die Familien sollen sich um ihre Kinder kümmern. Wenn sie etwas Verdächtiges feststellen, sollen sie etwas unternehmen. Sie müssen sich auch um ihre Kinder kümmern, wenn diese in Haft sind.

(Übersetzung: Beate Rudolph)



BND spielt mit

Ein Zwischenbericht vom PKK/KADEK-Prozess in Celle

Am 1. April 2003 begann vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Celle der Prozess gegen die kurdischen Politiker Hasan A. und Ali K.. Gegen beide ist Anklage wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) erhoben worden. Sie sollen hochrangige Funktionäre der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) bzw. YDK (Demokratische Kurdische Volksunion) gewesen sein.

Ali K. wurde am 14. Oktober 2002 an der deutsch-tschechischen Grenze in Sachsen festgenommen, Hasan A. am 1. Februar 2003 in Köln.

Weder in der Anklageschrift noch sonst wo sind konkrete Tatvorwürfe gegen die Beiden zu finden. Ihre angebliche Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“ macht sie automatisch zu Schuldigen. Der Vorsitzende Richter Siolek dazu: „Konkrete Taten sind entbehrlich“.

In diesem Prozess wird schwerpunktmäßig das „interne Strafsystem“ der PKK verhandelt. Auch hier gibt es keinerlei konkrete Vorwürfe gegen die Beiden. Es wird behauptet, dass Funktionäre der PKK durch Körperverletzungen und Freiheitsberaubungen Mitglie-

der der Organisation und andere Kurden bestrafen würden, die gegen die Interessen der PKK verstießen oder sich weigerten, für die Partei zu spenden. Die „Celle-sche Zeitung“ und NDR-Online berichteten wahrheitswidrig, die beiden Angeklagten selbst hätten solche Strafen festsetzen und vollstrecken lassen.

Richter Dr. Siolek behauptete zudem, die PKK hätte ein „Klima der Einschüchterung und Angst unter den Kurden“ geschaffen.

Um das Konstrukt „Kriminelle Vereinigung“ aufrecht zu erhalten, muss es auch mit Inhalten gefüllt werden. War es bisher vor allem die konspirative Arbeit, das Fälschen von Ausweisen, die Schleusung von Kadern und die sogenannten „Aktionistischen Aktivitäten“ (z.B. das Besetzen von Konsulaten 1999), wird im Celler Prozess das sogenannte „Strafsystem der PKK“ ins Zentrum der Anklage gestellt. Siolek und die Vertreter der Bundesanwaltschaft (BAW) begründeten dies damit, dass die bisherigen „Säulen“ der Anklage (Fälschung von Pässen und die Schleusung von Kadern) „ausgepowert“ seien. Deshalb sei nun eine neue „Säule“ wichtig.

Der Angeklagte Ali K. nahm in seinen Aussagen zu den Vorwürfen, die PKK würde u.a. gewalttätig Spenden erpressen, Stellung.

Er stellte klar, dass die Spendentätigkeit der Kurdinnen und Kurden auf Freiwilligkeit basiere, räumte aber ein, dass es auf lokaler Ebene Probleme beim Einsammeln der Spenden gegeben habe und es zu Bedrohungen gekommen sei. Dies sei jedoch nie ein Geheimnis gewesen. Einige wenige Aktivisten versuchten mit Drohungen, ihre Sammelergebnisse zu erhöhen, um sich besonders erfolgreich darstellen zu können. Hinter solchen Handlungsweisen stünden mangelnde Überzeugungskraft, unzureichende Propagandatätigkeit und übertriebener Eifer.

Ali K. machte auch darauf aufmerksam, dass die Darstellung der PKK als gewalttätige Organisation von verschiedenen Personen und Gruppen (z.B. auch vom türkischen Geheimdienst) dazu genutzt werde, den Namen PKK für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Auf diese Weise würden z.B. „private“ finanzielle Forderungen eingetrieben und die Mafia erpresse so ihre Schutzgelder.

Drohungen und Zwang beim Sammeln von Spenden würden innerhalb der Parteistrukturen intensiv kritisiert und stellten eine Straftat dar. Wenn Aktivisten beim Sammeln von Spenden Gewalt anwendeten, würden sie ihrer Ämter enthoben.

Ali K. räumte Mängel und Fehler diesbezüglich ein. Solche Drohungen stellen aber nicht die allgemeine Politik der PKK dar. „Dies ist auch der Bundesanwaltschaft und den Polizeibehörden bekannt. Würden sie auch die abgehörten Telefonate, die dies belegen, in den vielen Prozessen veröffentlichen, würden diese Prozesse nicht mehr stattfinden.“

Das Verhalten von BAW und Bundeskriminalamt (BKA) macht deutlich, dass weiterhin das Feindbild „Kurde = PKK“ aufrecht erhalten werden soll. Mit einseitigen polizeilichen Ermittlungen, voreingenommener Prozessführung und der bewussten Unterschlagung von Beweisen wird an einem Bild der kurdischen Freiheitsbewegung festgehalten, welches nicht der Realität entspricht.

Dies veranschaulichte Rudolf Josef Würth, Leiter der Arbeitsgruppe PKK beim BKA. Bei seinem Auftritt in Celle am 29. April 2003 beschrieb er seine Arbeit und den Umfang der Strafverfolgung der PKK.

Der Transformationsprozess der PKK ist für Würth lediglich eine Umbenennung. Er machte die Gleichung YDK = ERNK, HPG = ARGK, Parteiversammlung = ZK und KADEK = PKK auf. Für ihn sei PKK / KADEK aufgrund der 30.000 Toten im „angeblichen Freiheitskampf“ immer noch eine „terroristische Vereinigung“.



Für den BKA-Ermittler hat ganz offensichtlich die Auflösung von PKK, ERNK und ARGK und die Veränderungen der kurdischen Freiheitsbewegung nicht stattgefunden. Für die Behörde stellt offenbar auch heute noch jegliche kurdische Aktivität eine Form des Terrorismus dar. Diese Denkweise erklärt auch die ungebrochene Verfolgungsmanie der deutschen Sicherheitsbehörden.

Eine Reihe von Zeugen konnten allerdings das von der BAW gezeichnete Bild über die PKK nicht bestätigen. In den Vernehmungen wurde vielmehr deutlich, wie die Verfolgungsbehörden arbeiten und das trotz erheblicher Zweifel an den Zeugenaussagen, die für die Prozesse gegen PKK-Funktionäre nutzbar gemacht werden sollen. Selbst wenn die „Zeugen“ schon in den polizeilichen Vernehmungen Verbindungen zur PKK ausdrücklich verneinen, werden sie in die Verfahren eingeführt nach dem Motto: Irgendetwas wird schon hängen bleiben. Als ein geladener Zeuge vor dem OLG in Celle nicht erschien, kommentierte dies Richter Siolek so: „Da hat mal wieder einer die Hosen voll“.



Am 27. Mai 2003 wurde Orhan I. zu dem Mord an seinem Bruder Cemil I. vernommen. Dieser soll seit 1983 bei der PKK gewesen sein und in der ARGK eine hohe Funktion eingenommen und angeblich Todesurteile vollstreckt haben. 1988 sei es dann zu Differenzen mit Abdullah Öcalan gekommen. Cemil I. habe daraufhin die PKK verlassen und mit der KDP in Südkurdistan zusammengearbeitet. 1993 sei er in die BRD eingereist und habe für KOMKAR gearbeitet. Gerücheweise soll er etwas mit Rauschgift zu tun gehabt haben. 1995 wurde Cemil I. ermordet.

Orhan I. wurde im Juli 1995 das erste Mal dazu vernommen. Heute will er sich an vieles nicht mehr erinnern. In seinem ersten Verhör hatte er ausgesagt, sich zu 80% sicher zu sein, dass die PKK für den Mord verantwortlich gewesen sei. Heute schließe er den türkischen Geheimdienst als Täter nicht aus.

Ein weiterer Zeuge war Hüseyin T., der am 26. Februar 2001 in Köln von einer unbekanntenen Person überfallen und mit einem Messer verletzt wurde.

Seit Januar 1993 lebt er in Deutschland und war bis 1999 für die PKK tätig, zuletzt als Gebietsverantwortlicher in Bielefeld/Detmold. Im Dezember 1999 habe er sich wegen familiärer Probleme von der PKK getrennt. Er bezeichne sich aber heute noch als kurdischer Patriot und Revolutionär.

Schon in der ersten polizeilichen Vernehmung hatte er ausdrücklich ausgeschlossen, dass es sich um eine Tat der PKK gehandelt hätte. Dies habe er auch gegenüber dem BKA erklärt und betont, dass der türkische Staat ihn habe angreifen lassen. In der Zeugenvernehmung vor dem OLG Celle sagte er, „dass es keinen Grund dafür gebe, dass Freunde ihn angreifen würden“.

Den Zusammenhang mit der PKK hatte die Polizei konstruiert. Hüseyin T. äußerte, dass hier ein „Spielchen gespielt werden“.

Der vorerwähnte Überfall ist der Polizei in Kassel durch Fevzi Y. angekündigt worden. Dieser hätte berichtet, dass ein Aussteiger aus der PKK überfallen werden solle. Diese Aussage wurde später zurückgezogen und als „Spaß“ nach übermäßigem Alkoholenuss dargestellt.

Hüseyin T. erklärte den Überfall damit, dass er in der Türkei zum Tode verurteilt und mehrmals in der türkischen Presse namentlich erwähnt worden sei. Nach der Tat habe der türkische Staat versucht, eine Verbindung mit der PKK herzustellen.

Fevzi Y., der am 1. Juli vor dem OLG befragt wurde, war ebenfalls für die PKK tätig und wurde im Februar 1995 in München für einen versuchten Brandanschlag auf ein Reisebüro verurteilt. Am 19.9.1999 ist er aus der Haft entlassen worden. Am Abend der Aussage habe Y. gemeinsam mit seinem Cousin größere Mengen Alkohol getrunken. Dieser habe ihm dann die Geschichte mit dem Überfall erzählt. Y. sei daraufhin „ängstlich“ geworden und zur Polizei gegangen. Am nächsten Morgen habe ihm sein Cousin offenbart, dass es sich um einen Scherz gehandelt habe. Dies habe Y. der Polizei in Kassel mitgeteilt.

Als wenige Tage später Hüseyin T. in Köln tatsächlich überfallen worden sei, habe die Polizei wieder Kontakt zu Y. aufgenommen. Fevzi Y. habe damals große Probleme gehabt. Sein Aufenthalt in der BRD war ungeklärt. Ferner verfügte er über keine feste Meldeadresse. Hinzu seien Probleme mit dem Sozialamt und seiner damaligen Freundin (heutige Ehefrau) gekommen, weil sie schwanger geworden war. Nachdem die Polizei wieder Kontakt zu ihm aufgenommen hatte, habe er dies für sich nutzen wollen und um Hilfe gebeten. Aus diesem Grunde habe er seine Geschichte ausgeschmückt.

Am 1. Juli 2003 erfolgte die Befragung von Ibrahim A. Am 30. Juni wurde er um 4 Uhr am Morgen von der Polizei aus seiner Wohnung geholt und zwangsvorgeführt, weil er seinen Angaben zufolge keine Ladung erhalten habe. A. bezeichnet sich selbst als PKK'ler, der jahrelang aktiv war. Er soll 1999 an den Besetzungen der griechischen und israelischen Konsulate in Berlin beteiligt gewesen sein. Als Aussteiger betrachtet er sich nicht.

Am 28. Oktober 2001 wurde er im Anschluss an eine Hochzeit in Berlin von mehreren Personen überfallen und zusammengeschlagen. Er, seine Frau und

Kinder sowie sein Cousin hatten gemeinsam diese Hochzeit besucht.

Laut BKA und BAW habe auch der damalige Berliner Regionalverantwortliche Munzur (gegen den in Stuttgart ebenfalls Anklage nach § 129 StGB erhoben worden ist) die Hochzeit besucht und dort angeordnet, „den Aussteiger“ A. zu verprügeln. I. A. sagte über die Vernehmungen bei der Polizei aus, dass der Dolmetscher absichtlich falsch übersetzt habe und den Überfall mit „Politik“ in Zusammenhang gebracht hätte. Er habe auch gegenüber der Polizei nie behauptet, dass die PKK für den Überfall verantwortlich gewesen sei. Den Hintergrund des Überfalls könne er sich nicht erklären.

Am 9. Juli 2003 wurde Muhrat Ü. vernommen. Er will für die Özgür Politika gearbeitet haben und sei angeblich im Januar 2002 nach „kritischen Äußerungen“ bei einer Ausbildungsveranstaltung in Holland in „Parteihaft“ genommen worden. Nach seiner angeblichen Flucht, habe er sich an die Polizei in Mönchengladbach gewandt. Nach einer späteren Vernehmung durch das Landeskriminalamt Hamburg habe dies vorgeschlagen, ihn dem Verfassungsschutz vorzustellen, der ihn aber als „Spinner“ bezeichnet hätte. Auch bei Ü. ist zu vermuten, dass er seine Aussagen erfunden hat, um in Deutschland Asyl zu erhalten.

Höhepunkt der Zeugenvernehmungen in Celle war am 13. Mai 2003 die Vernehmung von Raimund Wieters, Verwaltungsangestellter beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Bremen. Dieser hatte im Juni 2001 die Asylangelegenheit von Yakup C. bearbeitet, der bei der ARGK und später auch kurz Leibwächter von Abdullah Öcalan gewesen sein soll. Im Jahre 2000 oder 2001 soll er den Auftrag erhal-

ten haben, Zeki Öztürk (er bezeichnet sich als PKK-Kritiker) in Deutschland zu ermorden. Weil Öztürk jedoch sein ehemaliger Kommandant bei der ARGK gewesen sein soll, habe er den Auftrag nicht ausgeführt.

In der Befragung durch die Rechtsanwälte stellte sich dann heraus, dass Yakup C. laut Wieters C. wegen „höherer Interessen von Diensten“ in der BRD hätte verbleiben können und rechtswidrig Asyl erhalten habe. Auch die Vertreter der BAW konnten nicht mehr verhindern, dass ans Licht kam, dass die Befragungsstelle Hannover des Bundesnachrichtendienstes (BND) diesen Fall bearbeitete und in Kontakt mit C. stand.

Ganz offensichtlich wird in den Prozessen gegen PKK-Funktionäre mit manipulierten Zeugen und solchen, die sich durch eine Zusammenarbeit mit den Verfolgungsbehörden eine Verbesserung ihrer Lebenssituation versprochen haben, gearbeitet. Insbesondere der Fall Yakup C. zeigt, dass auch die Geheimdienste bei der Verfolgung der politisch aktiven Kurden und Kurden ihre Finger im Spiel haben. Das ganze Konstrukt „kriminelle Vereinigung“ ist auf Lügen und Manipulationen aufgebaut.

Den Kurden und Kurden in Deutschland soll auch weiterhin die Chance vorenthalten werden, sich mit legalen Mitteln zu organisieren und für ihre Rechte einzutreten. Der Prozess in Celle macht dies deutlich.

Der Prozess ist auf 42 Prozesstage terminiert und soll bis Mitte Oktober 2003 andauern.

(Olaf Meyer, Kurdistan Solidarität Uelzen)

Schikane in der JVA Celle

Seit Beginn des PKK/KADEK-Prozesses in Celle am 1. April 2003 war der eine Angeklagte Hasan A. massiven Schikanen in der JVA Celle (Trift) ausgesetzt. Vor und nach jeder Verhandlung im Oberlandesgericht musste er seine Kleidung wechseln. Die alltägliche Knastsituation nutzen zwei Bedienstete der JVA aus, um den Anklagten besonders erniedrigend zu behandeln. So musste sich der Angeklagte mehrere Minuten nackt vor ihnen hin- und herdrehen. Auch eine Ganzkörperdurchsuchung wurde schikanös lange ausgedehnt.

Am 20. Mai 2003 weigerte sich Hasan A., sich vor den beiden Wärtern auszuziehen. Diese stießen ihn daraufhin von einem Stuhl, traten den Gefangenen und zogen ihn dann gewaltsam aus. Danach führten sie ihn nackt über einen Flur. Hasan A. erschien an diesem Verhandlungstag nur mit Jogginghose und Hemd bekleidet im Gerichtssaal.

Hasan A. protestierte gegen die Maßnahmen und bezeichnete sie als erniedrigend und menschenunwürdig.

Am 21. Mai betrat Hasan A. den Gerichtssaal nur im Schlafanzug. Er gab zu den Vorgängen eine Erklärung ab und protestierte gegen seine unmenschliche Behandlung. Daraufhin verhängte das Gericht gegen ihn Disziplinarmaßnahmen, indem ihm für eine Woche die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen untersagt wurde.

Seit die Rechtsanwälte gegen die Misshandlung ihres Mandanten intervenierten und auch der Vorsitzende Richter sich über die Vorgänge in der JVA informierte, hat sich die Situation entspannt.

Der zweite Angeklagte im Prozess, Ali K., der in einem anderen Celler Gefängnis (Salinenmoor) einsitzt, ist von solchen Schikanen nicht betroffen.

AZADI unterstützt Kurdinnen und Kurden im Gefängnis, vor Gericht und bei Ermittlungsverfahren. Wofür wir Ihre/Eure Spenden u.a. verwenden, soll nachfolgend eine Auswahl von Fällen zeigen:

Das Revisionsverfahren gegen Hamza Y. wegen des Vorwurfs des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz hat AZADI mit 266,- Euro unterstützt.

Die Anwaltskosten für ein weiteres (eingestelltes) Verfahren gegen Hamza Y. wg. Verstoßes gegen das Vereinsgesetz in Höhe von 368,42 Euro hat AZADI vollständig übernommen.

Die Anwaltskosten für den Antrag von Ahmet B. auf Stundung der Prozesskosten (im Zusammenhang mit der Konsulatsbesetzung in Leipzig im Februar 1999) in Höhe von 200,10 Euro hat AZADI vollständig übernommen.

Wegen angeblich falscher Berechnung der Bewährungszeit durch das Gericht musste Ahmet B. einen halben Tag „nachsitzen“. AZADI hat sich mit 100,- Euro an den entstandenen Kosten für das Widerspruchsverfahren beteiligt.

Die Kosten für ein Jahres-Abo. der Zeitung Hürriyet in Höhe von 283,- Euro für Ali Z. in der UHA Hamburg (§ 129 StGB) hat AZADI vollständig übernommen.

An zwei Verfahren gegen Ramazan E. wg. Verstoßes gegen das Vereinsgesetz hat sich AZADI mit einem Betrag von 950,-Euro an den Anwaltskosten beteiligt.

In dem Strafverfahren gegen Suna A. wg. des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz hat sich AZADI an den Anwaltskosten mit 350,- Euro beteiligt.

In dem Asylverfahren von Hasan H. G. (§ 129a StGB) hat sich AZADI mit 550,- Euro beteiligt.

Die Kosten für die Verlängerung des Abos der Zeitung Hürriyet in Höhe von 78,- Euro für Halit Y. (§ 129 StGB) hat AZADI vollständig übernommen.

Die Kosten für die Verlängerung des Abos der Zeitung Milliyet in Höhe von 60,- Euro für Ali K. (§ 129 StGB) hat AZADI vollständig übernommen.

Die Kosten für die Verlängerung des Abos der Zeitung Hürriyet in Höhe von 71,- Euro für Hasan A. (§ 129 StGB) hat AZADI vollständig übernommen.

FÄLLE



Ich möchte Fördermitglied des Vereins AZADI e.V. werden.		Einzugsermächtigung: ✂
Name:		Bank:
Straße:		BLZ:
PLZ/Ort:		Konto:
		Ort/Datum:
Mein Beitrag beträgt € im Monat.		Unterschrift:
Mindestbeiträge: Einzelpersonen € 5,- Arbeitslose, Student/inn/en, Schüler/innen € 3,- Organisationen (bundesweit) € 15,-		
Bitte ausschneiden und einsenden an: AZADI e.V., Lindenthalgürtel 102, 50935 Köln		